

# Lübeker Volksbote.

## Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.)

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltrige Fetitzelle oder deren Raum 15 Pfg., für Berammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 223. Dienstag den 24. September 1901. 8. Jahrgang.

### Hierzu eine Beilage. Sozialdemokratischer Parteitag.

Lübeck, den 22. Septbr. 1901.  
Vorversammlung.

Um 7 Uhr Abends nahm die Vorversammlung ihren Anfang. Schon lange vorher war der Saal dicht gefüllt. Luten an den reservierten Sitzen nahmen die Delegirten Platz. Im Hintergrunde und auf den breiten Galerien viele hundert Zuhörer. In den vorderen Reihen saßen die Führer Webel, Auer, Kautsky, v. Elm und die ausländischen Gäste. Außer Bernerstorfer und Dr. Adler aus Wien sind noch Branding-Stockholm, J. de Noode aus Amsterdam und Braque-Noubaig anwesend.

Der Reichstags-Abgeordnete für Lübeck Theodor Schwarz begrüßte die Delegirten im Namen des Lübecker Lokalkomitees. Lübeck ist kein parteihistorischer Boden, aber seit 1866 giebt es in Lübeck Parteigenossen, die in guten und schlechten Tagen für die Partei gestanden. Lübeck weiß die Ehre, die Delegirten in ihrer Mitte zu sehen, voll zu schätzen. Die Lübecker Parteigenossen sind stets für eine starke einige Partei eingetreten und haben stets die Parteiprinzipien hochgehalten. Wir werden bestrebt sein, den Delegirten den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen. (Beifall.)

Webel: Im Namen aller Delegirten und Gäste danke dem Vorredner herzlich für seine warmen Begrüßungsworte. Schon das außerordentliche freundliche Lokal, das uns hier zur Verfügung gestellt ist, zeigt uns, was wir zu erwarten haben. Zwar nicht auf parteihistorischen aber doch auf historischen Boden befinden wir uns hier. Hier wahrte das Bürgerthum zum ersten Mal seine Unabhängigkeit gegen die Klassenherrschaft der Patrizien. Zur Zeit der Reformation aber blieben die Patrizien katholisch, das gemeine Volk schloß sich der religiösen Bewegung an. Und bis heute hat es sich so gehalten, daß es den Genossen nicht gelungen ist, einen Vertreter in die Stadtverwaltung zu bringen. Zur Charakteristik seiner Herrschaft brauche ich nur das Wort „Streikpostenverordnung“ zu erwähnen (sehr richtig), mit der die Herren glücklicherweise so glänzend beim Reichsgericht abgefallen sind. (Heiterkeit und Beifall.) Seit 1866 bestehen hier, wie uns Genosse Schwarz erzählt hat, sozialdemokratische Organisationen, und in den 35 Jahren ist es den Genossen gelungen, Lübeck zu einer Hochburg der Sozialdemokratie zu machen. (Lebhaftes Bravo!) Ernste Aufgaben harren unser noch, wohl werden sich Meinungsverschiedenheiten offenbaren, aber Jeder wird schließlich doch dazu beitragen, das Wohl der Partei zu fördern. (Lebhaftes Bravo!)

Webel erklärt den Parteitag für eröffnet und fordert die Delegirten zur Konstituierung des Bureaus auf.

Singer-Berlin und Schwarz-Lübeck werden zu Präsidenten mit gleichen Rechten per Acclamation gewählt und Singer übernimmt, lebhaft begrüßt, den Vorsitz.

Singer dankt den Delegirten auch im Namen von Schwarz für das Vertrauen, das ihnen mit der Wahl bezeugt worden ist und bringt ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie aus.

Zu Schriftführern werden gewählt: Braun-Königsberg; Quard-Frankfurt a. M.; König-Bochum; Böhne-Berlin; Hildenbrand-Stuttgart; Rudolph-München; Sander-Dresden; Feldmann-Langenbielau; Fr. Bader-Berlin.

Hierauf wählt der Parteitag die Mandatsprüngskommission.

Die Arbeitszeit des Parteitags wird auf 9—11 Uhr Vormittags und 3—7 Uhr Nachmittags festgesetzt. — Die vom Vorstand vorgeschlagene Geschäftsordnung wird debattellos angenommen.

Der Parteitag schreitet zur Festsetzung der Tagesordnung.

Singer schlägt Namens des Vorstandes vor, noch den Punkt „Politik“ in die provisorisch vom Vorstand veröffentlichte Tagesordnung einzuschließen und geht dann näher auf den Vorschlag des Vorstandes über Litteratur, Presse und Kolportagewesen in geschlossener Sitzung ein. Singer erklärt, daß in der geschlossenen Sitzung nur rein finanzielle und geschäftliche Angelegenheiten über Ort und Organisation des Vertriebes der Presse und Litteratur verhandelt werden soll. Jede Kritik des sachlichen Inhalts und der Haltung der Presse ist auch nach der Meinung des Parteivorstandes nach wie vor in öffentlicher Sitzung zu behandeln. (Bravo.)

Von den Anträgen, die sich gegen die Abhaltung von geschlossenen Sitzungen erklären, erlangt nur ein Antrag Breslau, der lautet:

„Sämmtliche Verhandlungen des Parteitages sind öffentlich zu führen.“

Die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung.

Zur Begründung des Antrages meldet sich aber Niemand zum Wort.

Dr. Quard-Frankfurt a. M. erklärt sich gegen jedwede geschlossene Sitzung. Die Nothwendigkeit dafür sei nicht einzusehen. Auch Singer habe keine Begründung für den Ausschluß der Öffentlichkeit gegeben. Eine solche Begründung müsse doch wenigstens gegeben werden. Das Bedenken bleibe immer, daß mit dem einmaligen Tagen hinter geschlossenen Thüren ein Präjudiz für künftige Fälle geschaffen werde. Es habe früher Kämpfe innerhalb der Parteigenossen gegeben und künftig seien solche Kämpfe auch nicht ausgeschlossen. Möglicherweise könnte dann in Folge des Präjudizes ein Mißbrauch mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit getrieben werden. Dem müsse man vorbeugen. Er denke nicht an die Kämpfe der letzten Jahre, diese seien harmlos gegenüber den Kämpfen in der Zeit vor dem Sozialistengesetz. Heute sei ja an Spaltung der Partei gar nicht zu denken. Der Gedanke an Spaltung spukt nur bei den Gegnern, die Waffe sei in ihren Händen schon so stumpf geworden. Die Sozialdemokratie sei eine Partei der Öffentlichkeit, die noch nie hinter verschlossenen Thüren verhandelt habe. Das habe verbende Kraft gehabt. Daran solle man festhalten. Der Idealismus in der Partei müsse hochgehalten werden. (Vereinzelter Beifall.)

Webel: Es scheint, daß Genosse Quard sich beruhigen wird, wenn er eine etwas deutlichere Antwort bekommt. Freilich meinte er, wir würden unseren Idealismus aufgeben, wenn wir geschlossene Sitzungen abhielten. Ich erinnere nur daran, daß in den ganzen ersten 15 Jahren der Parteientwicklung der Parteitag niemals öffentlich verhandelt hat. Wollten Sie jener Zeit, in der die Partei groß geworden ist, etwa Idealismus absprechen? — Von einem Präjudiz kann nicht die Rede sein, denn der Parteitag ist souverän und kann jeden Augenblick seine Beschlüsse wieder abändern. Was der Reichstag bei der Verleumdung auf unsern Antrag gethan hat ohne Schaden für sein Renommee, wird unser Parteitag auch riskieren können. Als der Vorschlag aufstand, war zunächst alles ruhig, und erst als die „Frankfurter Zeitung“ ankündigte, daß die Partei mit einem solchen Beschluß auf böse Wege gerathe; da erhob sich innerhalb der Genossen das Geger und Geschrei. Ich habe leider schon mehrfach bemerkt, daß die Ausführungen gewisser bürgerlicher Blätter auf unsere Parteipresse einen viel zu großen Eindruck machen. (Sehr richtig.) Es handelt sich darum, daß über gewisse Persönlichkeiten, lokale Vorkommnisse, Ereignisse, die die Partei schwer geschädigt haben, in geschlossener Sitzung besprochen werden müssen. Prinzipielle Fragen werden stets öffentlich verhandelt werden. — Schon das vorige Jahr hatten wir vor, unsern Antrag zu stellen, und ich bitte Sie dringend, ihn jetzt anzunehmen. Ich wiederhole, Sie sind souverän und können jeden Augenblick wieder anders beschließen. (Bravo!)

Frau Dr. Luxemburg: Als ich den Vorschlag zum ersten Male las, war ich überrascht. Bisher hat der Vorstand immer unsere alten Prinzipien hochgehalten, jetzt kommt er mit Neuerungen. Ich sehe die Gründe nicht als zwingend an. Daß ein paar bürgerliche Schmäke unsere Verhandlungen in alle Welt tragen und ihre Stoffen dazu machen, diese Unannehmlichkeiten haben wir bisher in den Kauf nehmen müssen und werden sie weiter in den Kauf nehmen. Wir betrachteten es bisher als Vorzug vor allen andern Parteien, daß wir alles öffentlich verhandelt haben! Sie werden mir zugeben müssen, daß es so ziemlich der schönste Moment des Parteitags ist, wenn Singer in seinem Schlußwort immer hervorhebt: Zeigt uns die Partei, die es wagen kann, alle Meinungsverschiedenheiten in vollster Öffentlichkeit zu beraten. Ich meine, es müssen gewichtige Gründe sein, die uns veranlassen sollten, von dem alten Grundjag abzugehen und auf diese erhebende Wendung in den Worten Singers Verzicht zu leisten. (Große Heiterkeit.) Wir wollen lieber die alten bleiben. (Beifall.)

Tiele-Halle spricht gegen geheime Sitzungen und ruft dem Parteitag zu: Principis obsta. Der Punkt Presse brauche nicht geheim berathen werden. Daß es nothleidende Blätter bei uns giebt, wissen auch die Gegner. Die Frankfurter Zeitung hat uns nicht erst zur Opposition zu drängen brauchen.

Frohme-Altona: Mit irgend einem Prinzip hat die ganze Frage nichts zu thun. Für mich ist sie außerordentlich leicht entschieden. Der Parteivorstand tritt mit dieser Forderung vor uns und da muß ich mir als ehrlicher und wohlmeinender Genosse sagen, daß er dann sehr gute Gründe haben muß. (Sehr richtig.) Erweist sich, daß die Maßregel nicht nothwendig war, so sind wir Mannes genug, die Öffentlichkeit wieder herzustellen.

Goch-Hannau: Nach seiner Ueberzeugung hat der Parteivorstand sicherlich gewichtige Gründe gehabt, aber es handelt sich darum, ob wir die Gründe anerkennen. (Auer: Sie kennen Sie ja gar nicht.) Auch Webel in seiner Hoheit kann sich irren. Er hat sich geirrt, als er sagte, erst nach dem Vorgang der bürgerlichen Presse hätten sich die Parteigenossen gegen den Vorschlag erklärt. Das ist vielmehr sofort geschehen. Die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen wird nur zu unkontrollierbaren Gerüchten in der Öffentlichkeit

führen. Ich bitte Sie, den Antrag des Vorstandes abzulehnen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Parteitag entscheidet sich mit großer Majorität für den Antrag des Vorstandes im Sinne der Singer'schen Begründung, also für Ausschluß der Öffentlichkeit bei Erörterung der finanziellen und personellen Fragen beim Punkt: Parteipresse.

Es liegt nun ein Antrag vor, die Affordmaurerfrage als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Der Vorstand schlägt vor, die Angelegenheit gesondert bei Gelegenheit des Berichtes des Parteivorstandes zu behandeln.

Ein Antrag will die Frage völlig abgeordnet als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen und schlägt vor Auer zum Referenten und Bömelsburg-Hamburg zum Korreferenten zu bestellen.

Müller-Hamburg empfiehlt den Antrag zur Annahme, damit die Frage recht ausgiebig behandelt werden könne.

Stadthagen-Berlin spricht sich gegen die Bestellung Auers und Bömelsburgs als Referenten aus. Bömelsburg namentlich sei Partei. Werde nun Bömelsburg als Referent bestellt, so müßte ein Affordmaurer hier auftreten können, um so mehr, als behauptet worden ist, daß den Affordmaurern im „Hamburger-Echo“ das Wort zur Vertheidigung nicht gestattet worden sei. Gesondert muß die Angelegenheit verhandelt werden.

Fischer-Berlin: Ob den Affordmaurern das Wort in der Presse entzogen ist, kann auch innerhalb der Diskussion erörtert werden. Es liegt eine große Anzahl Anträge zu dieser Frage vor und daher erscheint es mir selbstverständlich, daß die Angelegenheit ausführlich erörtert wird. Nur in Bezug auf die Referentenwahl bin ich anderer Meinung als Genosse Müller. Es handelt sich hier um eine Beschwerde an den Parteitag und da muß der Ankläger seine Beschwerde zunächst ausführlich begründen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, Genossen Bömelsburg als Referenten und Genossen Auer als Korreferenten zu bestellen. (Beifall.)

von Elm-Hamburg: Die Hauptbetheiligten müssen hier ihre Gründe entwickeln können. Deshalb muß ein Referent und Korreferent bestellt werden. Im „Echo“ hat keine von beiden Parteien Stellung nehmen dürfen. Ein Vorwurf trifft die Redaktion nicht. Auer muß aber das erste Referat haben, er hat den Schiedspruch zu vertreten.

Beyer-Leipzig: Stadthagen nimmt in Bezug auf Disziplin im Partei- und Gewerkschaftsleben eine so wunderliche Stellung ein, daß mich sein Vorschlag nicht Wunder nimmt. Gerade die Parteien müssen hier zu Worte kommen. Auer und Bömelsburg sind gerade die rechten Referenten. Ein Affordmaurer muß schließlich auch noch gehört werden.

Auer-Berlin: Ich erkläre, daß ich nur als Korreferent reden kann, wenn überhaupt. Ich soll Ihnen den Thatbestand geben. Unsere Auffassung liegt ja aber bereits in dem Schiedspruch vor und demgegenüber haben Sie als die Ankläger Ihre Gegengründe vorzubringen. (Sehr richtig!) Ich werde Ihnen dann schon Rede stehen. Und gegen ein muß ich mich verwahren. Zwei Kampfhähne sollen sich gegenüberstehen, der Vertreter der Streikbrecher und die alte unentwegte Richtung. Seit wann bin ich denn der Vertreter der Streikbrecher! (Sehr richtig!) Eine solche Deutung legen Sie dem Schiedspruch unter. (Sehr richtig!), Gerade Sie Frau Steinbach thun das (Heiterkeit) und gewiß aus innerster Ueberzeugung. Ich muß das aber entschieden ablehnen, auch ich habe in dem Schiedspruch meine beste Ueberzeugung niedergelegt. Als Vertreter der Streikbrecher lehne ich es ab, als Korreferent zu sprechen. Ich trete hier lediglich als Vertheidiger des Schiedspruchs auf. (Sehr richtig!) Ich habe nicht die geringste Lust, Ihnen die Möglichkeit zu geben, die Diskussion von vorneherein in falsche Bahnen zu leiten. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, den Antrag Fischer anzunehmen, wenn wir so verfahren, werden Sie nicht zu kurz kommen und ich hoffentlich auch nicht. (Heiterkeit.)

Legien-Hamburg: Wir fassen die Sache nicht so auf, daß zwei Parteien hier zu ringen haben. Wir wollen bloß Klärung der Sachlage. Auer hat als Mitglied des Parteivorstandes in dieser Frage Recht gesprochen und wie meist, dabei recht neue Prinzipien aufgestellt. Deshalb haben wir das Recht, von ihm die Begründung des Schiedspruchs zu hören. Warum steigt sich aber Auer so sehr auf das Referat? (Auer: Warum steigen Sie sich auf das Referat?)

Silberschmidt-Berlin: Auer kann sehr wohl das Referat übernehmen. (Auer: Wenn er will. Heiterkeit.) Die Begründung des Schiedspruchs ist sehr dürftig und muß eingehender gegeben werden.

Fischer-Berlin: Sie haben doch gar keine Mittel, Auer zum Referat zu zwingen. Auer sagt, seine Begründung genügt, Sie sagen, sie genügt nicht. Also ist doch ganz klar, daß Sie zuerst die Begründung angreifen müssen.

Frau Steinbach-Hamburg: Auer war so freundlich, meinen Gesichtszügen bei seiner Rede seine Aufmerksamkeit zu widmen. Er hat aus meinen Mienen gelesen, daß ich sein Gegner bin. Das ist richtig. Der Schiedspruch





Drum prüfe, wer sich ewig bindet, denn die Ehe ist keine Vergnügungsfahrt, sondern eine oft recht beschwerliche Wallfahrt zu jenen Höhen, wo die sittliche Vollendung thronet. Reicher Beifall folgte dem Vortrage.

**Zur Lage der Barbiergehilfen.** Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß diejenigen Arbeiterkategorien, die sich noch in Kost und Logis beim Meister befinden, insolge der größeren Abhängigkeit unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen zu leiden haben. Ein treffendes Beispiel hierfür liefern uns die Barbiergehilfen. Unzureichender Lohn, verbunden mit einer geradezu miserablen Behandlung, ist dort an der Tagesordnung. Daß auch betreffs der Sauberkeit in den Logis Zustände bestehen, die tatsächlich jeder Beschreibung spotten, lehrt folgender Fall: Ein Gehilfe war bei einem hiesigen Barbier etwa sieben Wochen in Thätigkeit. Während dieser Zeit ist weder die Stube des Gehilfen gereinigt worden, noch hat der „saubere“ Prinzipal es für nötig befunden, in diesen 7 Wochen reine Bettwäsche zu liefern, geschweige denn, das Bett machen zu lassen. Das unter solchen Umständen fingerdicker Staub auf dem Fußboden und auf dem Mobiliar des Zimmers lag, bedarf keiner besonderen Erwähnung. — Dieser Fall steht leider nicht vereinzelt da; umfomehr ist die Pflicht der organisierten Arbeiterchaft, die Gehilfen in ihren Organisationsbestrebungen auf dem von uns bereits verschiedentlich ange deuteten Wege zu unterstützen, damit auch diese Arbeiterschaft einmal daran denken kann, sich bessere Zustände zu erkämpfen.

**Ein kleines Schadenfeuer** entstand in der Nacht zum Sonntag in der Eversischen Fabrik, Baienhoffstraße. Die sofort alarmierte Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit.

**Wegen Verleitung zum Meineide** hatten sich am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer der Fluschißer K., dessen Ehefrau, sowie die Tochter, Wittwe F., zu verantworten. Der Thatbestand ist kurz folgender: Der verstorbenen Ehemann der F., der ein Fensterreinigungs-Institut besaß, hatte an den Schuhmacher K. eine Forderung von 2,50 Mk., die er schließlich auf 1 Mark ermäßigte. Da er aber kein Geld bekommen konnte, griff seine Frau auf Anraten ihres Vaters zum Mittel der Selbsthilfe. Sie erschien am 11. Oktober 1899 mit ihrer Mutter im Laden der K., kaufte hier ein Paar Pantoffeln zum Preise von 1,80 Mark, und bezahlte hierauf 80 Pfg. in Baar, während sie den Rest mit 1 Mark mit einer Quittung ihres Mannes über die Forderung an K. beglich. Hiermit erklärte sich K. jedoch nicht einverstanden; er versuchte, seine Pantoffeln wieder zu erlangen, jedoch vergebens. Zur Anzeige gebracht, wurden die beiden Frauen am 23. November 1899 vom Schöffengericht wegen Betruges zu je 15 Mark Geldstrafe verurtheilt. Die Verurtheilten legten hiergegen Berufung ein; um nun ein freisprechendes Erkenntnis zu erzielen, versuchte der Ehemann K. in Gemeinschaft mit seiner Frau und Tochter, den ihm bekannten Schneider K. aus Hamburg gegen Zahlung von 1000 Mark zu veranlassen, vor der Strafkammer eine den Verurtheilten günstige Aussage zu machen; infolge Geldmangels ging K. auch auf diesen Vorschlag ein. Als jedoch die Verhandlung nahte, verlor K. den Mut, wissentlich eine falsche Aussage zu machen, er zug sein gegebenes Versprechen kurz vor seiner Vernehmung zurück. Die Folge war, daß auch die beiden Frauen ihre Vernehmung zurückzogen und die Verhandlung abgebrochen wurde. Später sind die Madenschaffner der Angeklagten zur Anzeige gekommen und die Drei wurden verhaftet, jedoch wieder freigelassen. Sämtliche Angeklagte leugneten in der Verhandlung ihre Schuld, selbst die Ehefrau K., die früher alles eingestanden hatte. Die

Verlesung der zwischen ihnen und B. gewechselten Briefe ließ jedoch ihre Schuld klar zu Tage treten. Der Staatsanwalt beantragte gegen K. drei Jahre, gegen seine Frau 2 Jahre 6 Monate und gegen Frau F. ein Jahr Zuchthaus, sowie gegen die beiden Ersteren drei Jahre, gegen Letztere zwei Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte gegen K. auf zwei Jahre, gegen Frau K. auf ein Jahr sechs Monate und gegen Frau F. auf ein Jahr Zuchthaus, außerdem gegen die drei auf je 3 Jahre Ehrverlust. Mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe wurden die Eheleute K. sofort verhaftet.

**Nationale Wirtschaftspolitik.** Angesichts der in diesem Monat in ganz Deutschland in Szene gesetzten neuerlichen Agitation gegen die brodwucherischen Pläne der Junk. und der mit diesen verbündeten Regierung erscheint es uns angebracht, auf eines der krassesten Beispiele der Wucherpolitik aufmerksam zu machen, und zwar auf die Zuckerprämienwirtschaft. Diesert diese doch den besten Beweis dafür, daß die deutsche Regierung Hand in Hand geht mit den Zollwucherischen Mehrheitsparteien, daß auch sie das Bestreben gewisser Kreise, einige wenige Großagrarier und Großindustrielle auf Kosten des gesamten Volkes zu bereichern, unterstützt. Verschiedentlich ist auch unfererseits auf den ungeheuerlichen Zustand hingewiesen worden, der darin besteht, daß der deutsche Zucker im Auslande erheblich billiger ist, als im Inlande. Und gerade gegenwärtig sind die Preise für Rohzucker auf einem Tiefstand angelangt, wie nie zuvor; sank doch am Freitag der September-Kurs an der Hamburger Börse bis auf 7,50 Mk. pro Zentner. Bei dieser Notirung handelt es sich um den Preis, den das Ausland für den Rübenroh Zucker zu entrichten hat. Nun sollte man logischerweise annehmen, daß auch der deutsche Konsument den Zucker für diesen Preis erhält. Aber weit gefehlt! Dieser muß für dasselbe Quantum raffinierter Waare infolge der Liebesgabenpolitik nach wie vor den Preis von 28,95 Mk. pro Zentner bezahlen. — Man führe diese Zahlen denjenigen vor Augen, die des Lobes voll sind über unsere herrliche Wirtschaftspolitik! Speziell halte man sie den Frauen, die eine Erhöhung des Haushaltsbudgets wohl zu würdigen wissen, vor. Sie lernen daraus leichter die Wucherpolitik der herrschenden Klassen kennen als durch die längsten Reden.

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf verwiesen, daß die Petitionsbögen gegen den Zolltarif von jeder erwerbsthätigen, erwachsenen Person zu unterzeichnen sind. Es haben also nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen und die als Lehrlinge oder Verkäuferinnen thätigen Söhne und Töchter durch Unterzeichnung der Petitionsbögen zu demonstrieren gegen die brodwucherischen Pläne der Regierung. Auch für diese lautet die Parole:

**Nieder mit der Wucherpolitik!**

**Hausverkauf.** Das Grundstück Steinradweg Nr. 23 nebst Krämereibetrieb, bisher dem Herrn N. Hauschildt gehörend, ging durch Kauf an Herrn Fritz Lübbert über.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Das Landgericht Schwerin verurtheilte den Arbeiter Dahl wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu drei Monaten Gefängnis. D. sollte während des Streiks der Bauarbeiter einen Berliner Arbeitswilligen geprügelt haben und war deshalb vom Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, wogegen die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. — Eine Arbeits-

niederlegung erfolgte am Sonnabend Vormittag in der Exportbrauerei Teufelsbrück in Altona, wo etwa 50 Mann wegen grundloser Entlassung eines alten Arbeiters die Arbeit einstellten. Nachdem der Direktor sich bereit erklärt hatte, die Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten und bis zu dessen Entscheidung dem Entlassenen den Lohn weiter zu zahlen, nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf. — In Bremerhaven wurde eine Zahlstelle des Transportarbeiter-Verbandes gegründet, der sofort 71 Personen beitraten. Ein schöner Erfolg!

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In Güstrow wurde ein 16jähriger Hofgänger wegen Brandstiftung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Ein sehr hartes Urteil! Wegen Unterschlagung von 132,73 Mk. Verbandsgebern wurde in Schwerin der frühere Kassirer der dortigen Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt. — Auf der Flensburger Schiffsverft sind in 3 Tagen vier Arbeiter verunglückt. — Durch den Genuß von Nachtschattenbeeren hat in Langohe (Holstein) ein kleines Mädchen den Tod gefunden. — Der aus dem Krankenhanse zu Lehe entsprungene Sittenverbrecher wurde am Sonnabend wieder verhaftet.

**Hamburg.** Zur Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen schlägt der Senat der Bürgerchaft folgende Maßregeln vor: 1) Ueberlassung von staatlichem Grund und Boden zum Bau kleiner Wohnungen für einen billigen Preis und unter günstigen Zahlungsbedingungen. 2) Darlehensweise Vergabe von Baugeldern aus Staatsmitteln unter günstigen Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen. 3) Erleichterungen in Beziehung auf die Grundsteuer. 4) Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften. 5) Abänderung der Vorschriften über Herstellung von Wohnhöfen. — Die schwarze Masse im Arbeitshaus. Frau Dubda, die von der Hamburger besessenen Herrenwelt so viel in Anspruch genommene Massense, ist vor einiger Zeit vom Schöffengericht wegen gewerbsmäßiger Unzucht zu 14 Tagen Haft verurtheilt worden, außerdem aber wurde sie der Landespolizei überwiesen. Das Letztere war ihr das Unangenehmste. Sie setzte deshalb alle Hebel in Bewegung, um die Ueberweisung wieder loszuwerden. Aber alle ihre Bemühungen sind umsonst gewesen. Die Polizei hat von ihrer Befugnis Gebrauch gemacht und der ehrenwerthen Dame 18 Monate Korrekzion nachhaft zubittirt. Sie ist jetzt nach Zuchthaus überführt und wird dort mit allerhand Arbeiten beschäftigt werden, die sie bisher wohl kaum dem Namen nach gekannt hat. Zu „Massiren“ wird es draußen kaum etwas geben.

**Das Kriegsgericht in Kiel** verurtheilte den Unteroffizier des Ersatzbataillons Fenerstein aus Diegitz, welcher im Garnisonlazareth den Nachlaß eines unmittelbar vorher verstorbenen Marineangehörigen bestohlen hatte, zu einjährigem Gefängnis, zur Degradation und zur Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

**Flensburg.** Die Sache des Siegers. Obgleich der Generalstreik der Glasarbeiter beendet ist, wird in Flensburg der Streik fortgesetzt weil der Glasfabrik-Besitzer Sommerfeld sich weigert hat, mit den Glasarbeitern zu unterhandeln und seine früheren Arbeiter wieder einzustellen. Die dortigen Gewerkschaften wollen für die nächste Woche die erforderlichen Geldmittel zur Unterstützung der Streikenden aufbringen.

**Anna Feldmann  
Gustav Schütt**  
Verlobte.  
Trauung den 22. September 1901.  
Gestern Morgen 4 1/2 Uhr erlichst nach langer Krankheit unser lieber Vater Albert im Alter von 14 Monaten. Die Beerdigung an die hiesigen Bestatter.  
**A. Plien und Frau.**

**Ein leeres heizbares Zimmer**  
zu vermieten. Johannisstraße 46. Hülse.

**Ein Zimmer mit Küche zu vermieten.**  
Waienhoffstraße 15a.

**Ein Logis Gr. Niejan 4.**

**Logis zu verm. Wafenmanner 80.**

**Wohnung zum 1. October Saffenstraße 52 bill. zu verm.**

**Gutes Logis billig zu vermieten.** Saffenstraße 52.

**Bricht zum 1. November eine Frau** für den ganzen Tag im Haushalt.  
Saffenstraße 21.

**Gebr. Wittzeug** in langen geandt. Oberber. Unterber. Sifen und Kupfer (Hülse) Objekten mit Preisangabe n. A.L. an die Exped. d. Bl.

**Zu verkaufen Zeitungspapier, 2 Gelehrtenblätter, Weinblätter, Waisenwörter 193. 1.**

**1 gradlehn. Sopha mit Kissen, Kissen, ganz neu, Eichenbezug, mit Kissen-Einstattung für 40 Mark Saffenstraße 44. dort. wirts.**

**Leere Farbetonnen**  
jet abzugeben  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Gute feine u. hochfeine Margarine prima weißes Schmelz, jetzt 65 Pf. frisch gebrannten Caffer, pikanten und hochfeinen Säse und alle sonstigen Colonialwaaren empfiehlt billigst**  
**Rud. Kracht, Eichenweg Alle 41.**

**Elbschloss-Bier-Halle**  
Vergrößert. 44 Saffenstraße 44. Neu renovirt.  
Eröffnung Dienstag den 24. September.  
Empfehle: ff. Elbschlossbier, hell und dunkel, echt Berliner Weiß- und Gräberbier.  
— Rendezvous für Sportangler! —  
Adolf Bogaske.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Lübeck.)

**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung am Freitag den 27. September**  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Schädlichkeit der Accordarbeit in unserem Berufe. Referent: College Ant. Rath aus München.  
2. Verschiedenes.  
Um zeitliches Erscheinen ersucht

**Die Lokalverwaltung.**  
**Achtung Schneider!**  
**Verbands-Versammlung**  
heute Montag den 23. Septbr.  
Abends 8 1/2 Uhr  
bei F. Lecke, Lederstrasse 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Kartellbericht.  
2. Bericht vom Reichstagsabg. Albrecht.  
3. Bericht über den  
Um zeitliches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Ihren reinigen . 1,50,  
Federn einsehen . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.**  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Saffenstraße 32.

**Kronsbeeren**  
täglich frisch, empfiehlt  
**Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

**Achtung Töpfer!**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 25. September  
bei F. Lecke, Lederstrasse 3.  
Tages-Ordnung:  
**Gewerkschaftliche Bewegungen.**  
Referent: College Florin aus Leipzig.  
Das Erscheinen sämtlicher Collegen ist notwendig.  
**Der Vorstand.**

**Circus Variété**  
und sein amüsantes und interessantes  
**Specialitäten-Programm**  
ist das  
**Tagesgespräch.**  
**Bomben-Erfolg**  
erzielte das  
**amüsante Kerlchen**  
und alle Kunstkräfte.  
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr,  
der Vorstellung 8 Uhr.  
Billets im Vorverkauf bis 6 Uhr, ermäßigt.







